

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 18993. — **Bureau in Paris,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreis:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Landtagswahlen in Preußen.

Gestern haben in Preußen die Wahlen zum Landtag stattgefunden. Die Wahlbeteiligung scheint im allgemeinen sehr rege gewesen zu sein, wenn sie auch nicht so stark war wie bei den Reichstagswahlen im Sommer des vergangenen Jahres.

Die Wahlergebnisse laufen ziemlich langsam ein und es ist deshalb zur Stunde noch nicht möglich, ein Urteil über den Ausfall der Wahl zu fällen. Auf Grund der bis jetzt vorliegenden Resultate ist zu konstatieren, daß die seit den ersten Wahlen nach der Revolution bei allen späteren Wahlen zu beobachtende Stärkung der extremen Parteien auf der Rechten und der Linken angehalten hat. Immerhin dürfte der Zug nach rechts nicht so stark gewesen sein, wie man allgemein erwartet hat. Andererseits ist anscheinend auch der Zustrom der Arbeiterwähler zur kommunistischen Partei nicht so groß gewesen, wie man nach der außerordentlich rührigen Agitation der Kommunisten hätte annehmen müssen. Die Kommunisten haben selbstverständlich auf Kosten der Unabhängigen Sozialdemokratie in verschiedenen Bezirken wesentliche Zunahmen an Stimmen zu verzeichnen, aber wir glauben kaum, daß sie — nach den bisherigen Ergebnissen — mit besonderer Befriedigung auf den Wahlausfall blicken werden. In Berlin z. B. hat die USPD. fast doppelt soviel Stimmen gemustert wie die KPD., und auch in andern Städten haben unsere Genossen trotz der Spaltung noch immer recht respektable Stimmengahlen aufzuweisen. Selbst in der Hochburg der Kommunisten, im Bezirk Halle—Merseburg—Zeitz—Weißenfels, hat unsere Partei eine recht ansehnliche Stimmengahl auf ihre Liste vereinigt. Jedenfalls läßt sich heute schon sagen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie keine Ursache hat, mit besonderer Besorgnis in die Zukunft zu schauen.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich die rechtssozialistische Partei verhältnismäßig gut behauptet hat und in einzelnen Kreisen sogar einen Stimmenzuwachs verzeichnen konnte.

Berlin, 21. Februar. (TL.) Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Wahlbeteiligung bei den Preußenwahlen gegenüber derjenigen bei der Reichstagswahl erheblich zurückgeblieben. Das trifft besonders für Berlin zu, wo etwa 70 Prozent der Wähler zur Wahlurne schritten, während in den übrigen Gegenden Preußens die Wahlbeteiligung durchschnittlich 80 Prozent erreicht hat. Besonders gering war sie anscheinend im besetzten Gebiet, wo im Durchschnitt etwa 60 Prozent der Wähler ihrer Wahlpflicht genügten. Am höchsten war die Wahlbeteiligung in den Grenzgebieten Schleswig und Ostpreußen, wo es sich nicht nur um die Landtagswahlen, sondern auch um die noch nicht erfolgten Wahlen zum Reichstage handelte; hier schritten etwa 80 Prozent der Wähler zur Wahlurne. Besondere Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet worden. Das Ergebnis der Wahlen läßt eine bedeutende Vermehrung der Stimmengahl der extremen Parteien erkennen. In erster Linie haben die Deutschnationalen sehr erheblich gewonnen, aber auch ein sehr starkes Anwachsen der kommunistischen Stimmen ist zu verzeichnen, dagegen haben die Unabhängigen eine erhebliche Stimmengahl eingebüßt. Diese Tatsache ist natürlich auf die Spaltung der USPD. zurückzuführen. Eine Zusammenfassung der Stimmengahl der Unabhängigen und Kommunisten aus der gesamten Landtagswahl würde ungefähr die Stimmengahl der USPD. bei der Reichstagswahl ergeben. Wiederum starke Einbuße hat die Demokratische Partei. Verhältnismäßig nicht schlecht hat auch die Deutsche Wirtschaftspartei abgeschlossen. Die Deutsche Volkspartei dürfte gegenüber ihren früheren Stimmen ein geringes eingebüßt haben.

Berlin, 21. Februar. Bis 5 Uhr früh waren 53 Wahlergebnisse bekannt. Gewählt sind 8 Deutschnationale, 7 Deutsche Volkspartei, 6 Zentrum, 2 Demokraten, 1 Arbeiter, 19 Mehrheitssozialisten, 5 Unabhängige, 4 Kommunisten und ein Wirtschaftsparteiler.

Stadt Berlin. Deutschnational 168 000 (letzte Reichstagswahl 122 000), Deutsche Volkspartei 120 000 (150 000), Zentrum 40 000 (36 000), Demokraten 66 370 (75 000), Mehrheitssozialisten 221 000 (187 000), Unabhängige 197 000 (456 000), Kommunisten 112 000 (14 000), Wirtschaftspartei 46 750, Niederländische Landespartei 20. Gewählt sind 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volkspartei, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Wirtschaftspartei. Die Gewählten sind: Staatsminister Fischel (Dem.), Redakteur Karl Leid (USPD.), Theodor Liebkecht (USPD.), Parteisekretär Otto Meier (USPD.), Dr. Hermann Wegl (USPD.), Staatsminister Hergl (Dnat.), Landrichter a. D. Dr. Kaufmann (Dnat.), Stadtverordneter Paul Rießer (Dnat.), Pfarrer Julius Roth (Dnat.), Staatsminister Paul Hirsch (Soz.), Ingenieur Hermann Lüdemann (Soz.), Mechaniker Gustav Heiser (Soz.), Gewerkschaftsangehörige Gertrud Hanna (Soz.), Redakteur Erich

Kuttner (Soz.), Adolf Hoffmann (Kom.), Otto Markschede (Kom.), Hugo Garnisch (D. Sp.), Georg Wolf (D. Sp.), Klempnermeister Oskar Masch (D. Sp.) und Tapezierermeister Franz Holzhammer (Wirtschaftspartei).

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In Charlottenburg war bis auf 3 Wahlbezirke folgendes Ergebnis vorhanden: Sozialdemokraten 27 700, Unabhängige 18 500, Kommunisten 8100, Deutschnationale 34 500, Deutsche Volkspartei 29 700, Demokraten 18 100, Zentrum 5600, Mittelstandsparteien 8500. In Schwanenbeck erhielten Sozialdemokraten 2048, Unabhängige 618, Kommunisten 280, Deutschnationale 3722, Deutsche Volkspartei 3340, Zentrum 285, Mittelstandsparteien 540. In Neu-Rölln: Sozialdemokraten 37 002, Unabhängige 23 517, Kommunisten 18 899, Deutschnationale 13 273, Deutsche Volkspartei 1190, Demokraten 6130, Zentrum 3908, Mittelstandsparteien 7741.

## Bürgerliche Mehrheit bei der Bürgerstimmwahl in Bremen.

Bremen, 21. Februar. Im Freistaat Bremen fanden gestern auch die Folge des Volksentscheids vom 9. Januar nötig gewordenen Bürgerstimmwahlen statt. Soweit sich aus den vorliegenden Resultaten erkennen läßt, dürften sie eine knappe bürgerliche Mehrheit ergeben. Bisher wurden gewählt in Bremen-Stadt für die Deutschnationalen 9500, Deutsche Volkspartei 40 000, Demokraten 27 200, Zentrum 3500, Sozialdemokraten 35 000, USPD. 34 000, Kommunisten 12 000, Wirtschaftspartei 5000 Stimmen.

## Kapitulation der Reichsregierung vor Kahr?

München, 19. Februar. (DN.) Die aus Berlin in hiesigen Regierungskreisen eingetroffenen Nachrichten, daß die Reichsregierung beschlossen habe, die Entwaffnungsfrage in Bayern bis zur Erledigung der Londoner Konferenz aufzuschieben, wird hier als ein großer Erfolg der Regierung v. Kahr. gebucht.

Ueber die Entwaffnungsfrage ist bekanntlich in Paris bereits endgültig entschieden worden, es wird über sie in London also nicht mehr beraten werden. Sollte die Regierung tatsächlich einen solchen Beschluß gefaßt haben, so würde das nicht weniger bedeuten, als daß sie mit dem Bruch mit der Entente rechnet oder gar auf ihn hinarbeitet. Sie wäre also vollkommen in das Fahrwasser der verbrecherischen Politik der Kahrregierung geraten.

Demgegenüber ist es zu begrüßen, daß auch das Münchener Gewerkschaftsamt den Kampf der sozialistischen Parteien gegen das tollhässliche Treiben der Regierungsparteien unterstützt, wie aus folgender Meldung hervorgeht:

München, 19. Februar. (DN.) Der Gewerkschaftsverein München hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im bayerischen Landtage gutheißt und erwartet, daß sie an ihrem Standpunkt festhalten, die Regierung Kahr zu zwingen, von ihrer verbrecherischen Politik im Interesse des Reiches abzustehen. Die Arbeiter Münchens sehen den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegen, würden aber, wenn notwendig, vor Anwendung der härtesten Mittel nicht zurückweichen.

Die bayerische Königsregierung tritt gleichfalls immer unerbittlicher als Gegnerin des Ministeriums v. Kahr und seiner Politik in der Einwohnerwehrfrage auf. Sie unternimmt jetzt den Versuch, die Teile des Bayerischen Bauernbundes, der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten, die in einzelnen Punkten sich nur schweren Herzens in die Koalitionspolitik hineinfinden können, aus der Koalition abzusprenken.

## Ständrecht in Ungarn.

Wien, 19. Februar. Den Abendblättern zufolge verläuft in hiesigen politischen Kreisen, daß über ganz Ungarn das Ständrecht verhängt sei. Infolge Pressezensur sei höhere Nachricht nicht zu erreichen. Die Maßnahme soll mit einer Bewegung der Arbeiterschaft, die dieser Tage in den Lohnkampf trat, zusammenhängen.

## Einigung zwischen Regierung und Beamten in Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Wie die Blätter melden, ist es bei den gestrigen Verhandlungen der Vertreter der Staatsangestellten mit der Regierung gelungen, eine Einigung zu erzielen auf der Grundlage, daß die Angestellten für Februar einen Vorstoß von 3000 Kronen vorbehaltlich der Genehmigung durch den Nationalrat erhalten. Die Beamten haben ungefähr 60 Prozent ihrer Forderungen erfüllt bekommen.

## Bayern am Todestag Kurt Eisners.

Von Felix Fischenbach, München.

Ein Taumel des Wahnsinns hat Bayern erfaßt. In nationalistischer Verblendung, aufgebläht durch den Hahnenfang der Revanchepolitik, rebelliert die bayrische Regierung gegen das Reich. Die Frage der Entwaffnung der konterrevolutionären Einwohnerwehren wird zum Anlaß wüster nationalistischer Hege genommen und in aller Offenheit zu einem neuen Kriege gegen die Weltmächte aufgefordert. Die Geheimdiplomatie der bayrischen Regierung hat die Lage nur noch verschärft, weil die äußerste Rechte glaubt, Anlaß zu haben, die bayrische Regierung anzukreiden, ihren Widerstand gegen die Entwaffnung bis zum äußersten fortzusetzen, während die Linke begründete Ursache zu schärfstem Mißtrauen hat. Diese Geheimdiplomatie der Regierung war das Unglück der Völker. Sie hat verhindert, daß es in den kritischen Julitagen 1914 zu einer Verständigung kam: sie hat bewirkt, daß die Völker vierzehn Jahre das drückende Joch des Krieges trugen, und sie läßt sich an, da sie heute, wie von jeher alle Geheze von Gerechtigkeit und Sittlichkeit mißachtet, aufs neue die folgenschwersten Verwicklungen heraufzubeschwören. Diese unglückselige Geheimdiplomatie ein für allemal aus der Welt zu schaffen, war Kurt Eisner von dem Tage an bestrebt, da er nach Niederwerfung der alten Mächte im November 1918 Bayerns erster sozialistischer Ministerpräsident wurde. In der Inauguraladresse der internationalen Arbeitersoziation vom Jahre 1904 sagt Karl Marx: „Wenn die Befreiung der Arbeiterklasse die überlebende Vereinigung und Mitwirkung der Arbeiterklasse voraussetzt, wie kann sie diese große Mission erfüllen, solange eine auswärtige Politik, verbrecherische Pläne verfolgend, nationale Vorurteile gegeneinander aufstößt und in räuberischen Kriegen Blut und Vermögen des Volkes vergeudet?“ Und er bezeichnete die von der Internationale zu erstrebende auswärtige Politik mit den Worten: „Die einfachen Gesetze der Sittlichkeit und Gerechtigkeit, die die Beziehungen zwischen Privatsenten regieren sollen, müssen auch Geltung erhalten als die obersten Gesetze im Verkeh zwischen Völkern.“ Diese Grundsätze einer sozialistischen Außenpolitik leiteten Kurt Eisner, als er einen Bericht des bayrischen Gesandten in Berlin aus den Julitagen 1914 veröffentlichte. Mit der Bekanntgabe dieses Dokuments, das die verbrecherische Politik des kaiserlichen Deutschlands schwer belastete, gab Kurt Eisner ein Bekenntnis zur Politik der Wahrheit und der Offenheit. Er wollte damit dokumentieren, daß im neuen Deutschland ein neuer Geist eingezogen ist, der nichts zu tun hat mit den Verbrechen der Vergangenheit. Über diese freiwillige Wahrheitsliebe war Eisners Verhängnis. Von dem Tage der Veröffentlichung dieses Dokuments setzte die Pressehege gegen ihn mit verdoppelter Kraft ein. Und in Bern auf der internationalen Sozialistenkonferenz versuchte er die innere Wandlung und Erneuerung Deutschlands, an die er im Innersten glaubte, aufs neue zu dokumentieren. Unter stürmischem Jubel rief er den Vertretern des internationalen Proletariats zu: „Glauben Sie uns in Deutschland: Das deutsche Volk ist ernstlich entschlossen, im neuen Geist zu leben. Es ist unschuldig an den Verbrechen der Vergangenheit. Wenn es eine Schuld hat, dann die, daß es sich durch die Lüge irreführen ließ. Heute sind wir frei, und weil wir frei sind, können wir die Wahrheit sprechen, und weil wir die Wahrheit sprechen, darum können wir fordern, daß man Menschlichkeit auch gegen uns übt!“ Mit seiner Berner Rede hat Eisner der Völkerveröhnung wohl den besten Dienst geleistet. Aber in Bayern wurde es ihm schlecht gedankt. Man wollte die Wahrheit nicht hören, und eine Sturmflut von Gift und Lüge war die Quittung auf das Bekenntnis zur Wahrheit. Am 13. Februar verteilten Münchner Studenten Handzettel mit einer Herausforderung gegen Kurt Eisner. In demselben Augenblick, da Deutschland am Abgrund taumelte dank der Verbrechen der Vergangenheit, da alle Arbeit darauf gerichtet sein mußte, das nackte Leben aus dem Zusammenbruch zu retten, tobte in München eine unzurechnungsfähige Horde, um mit Lügen und Verleumdungen das Werk eines Mannes zu zerstören, der eben in Bern nachsucht hatte, die Verantwortlichkeit, die Arbeiter der ganzen Welt für das deutsche Volk zu gewinnen. Es traf hier auf München zu, was Eisner einmal sagte: „Wenn die Welt nur gemein wäre, dann ginge es noch; dann könnte man ihr noch einreden, daß die Gemeinheit nicht glücklich macht. Aber leider, sie ist auch so dumm, daß sie nicht begreift, was man ihr beweist.“ Und die Hege gegen Kurt Eisner ging weiter bis zu jenem unglückseligen 21. Februar 1919, da ein von der Presse irreführter junger Student die Mordwaffe auf Eisner richtete.

Kurt Eisner war kein Politiker gewöhnlichen Stils, wie jene kurzschichtigen Geschäftspolitiker, die nicht über den Tag hinaussehen. Er war eingestellt auf den großen Gang der Entwicklung, und deshalb wurde er oft mißverstanden von den Handwerkern des Tagespolitik. Von dem Tage seiner Ermordung datiert die Entwicklung zu den Zuständen, die wir heute in Bayern erleben.